

Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden\* vom 7. Dezember 2012

**4874 a**

**A. Gesetz  
über den Beitritt zur revidierten Interkantonalen  
Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen**

**(Änderung vom .....; Ausschluss vom Vergabeverfahren)**

*Der Kantonsrat,*

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 14. März 2012 und der Kommission für Staat und Gemeinden vom 7. Dezember 2012,

*beschliesst:*

I. Das Gesetz über den Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. September 2003 wird wie folgt geändert:

§ 2. Abs. 1 unverändert.

<sup>2</sup> Die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 24. Mai 1959 über die Beschwerde vor Verwaltungsgericht finden ergänzend Anwendung.

§ 4. Abs. 1 und 2 unverändert.

<sup>3</sup> Der Regierungsrat ordnet die Überwachung im Sinne von Abschnitt 6 der Interkantonalen Vereinbarung. Zur Kontrolle, ob die Arbeitsschutzbestimmungen, die Arbeitsbedingungen und die Gleichbehandlung von Frau und Mann eingehalten werden, kann er den Bezug Dritter vorsehen.

---

\* Die Kommission für Staat und Gemeinden besteht aus folgenden Mitgliedern: Martin Farner, Oberstammheim (Präsident); Renate Büchi-Wild, Richterswil; Patrick Hächler, Gossau; Urs Hans, Turbenthal; Max Homberger, Wetzikon; Stefan Hunger, Mönchaltorf; René Isler, Winterthur; Katharina Kull-Benz, Zollikon; Jörg Mäder, Opfikon; Ursula Moor-Schwarz, Höri; Priska Seiler Graf, Kloten; Jorge Serra, Winterthur; Erich Vontobel, Bubikon; Martin Zuber, Waltalingen; Sekretärin: Jacqueline Wegmann.

§ 4 a. <sup>1</sup> Die Vergabestelle schliesst Anbieterinnen und Anbieter aus einem laufenden Vergabeverfahren aus, wenn sie die Voraussetzungen für die Teilnahme am Verfahren nicht oder nicht mehr erfüllen oder wenn sie den rechtskonformen Ablauf des Vergabeverfahrens durch ihr Verhalten beeinträchtigen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Anbieterin oder der Anbieter

- a. die von der Vergabestelle festgelegten Kriterien zur Beurteilung ihrer oder seiner Eignung nicht oder nicht mehr erfüllt,
- b. wesentliche Formerfordernisse verletzt hat, insbesondere durch Nichteinhaltung der Eingabefrist, fehlende Unterschrift, Unvollständigkeit des Angebots oder des Antrags auf Teilnahme im selektiven Verfahren oder Änderung der Ausschreibungsunterlagen,
- c. die Anforderungen der Vergabestelle an die Angaben und Nachweise nicht erfüllt,
- d. ein ungewöhnlich niedriges Angebot einreicht, ohne nachzuweisen, dass die Teilnahmebedingungen eingehalten werden und die Auftragsbedingungen erfüllt werden können,
- e. sich in einem Konkursverfahren befindet,
- f. Steuern oder Sozialabgaben nicht bezahlt hat,
- g. die Grundsätze über die Beachtung der Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Gleichbehandlung von Frau und Mann sowie der Vertraulichkeit von Informationen missachtet,
- h. gegen die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 17. Juni 2005 über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit verstossen hat,
- i. der Vergabestelle falsche Auskünfte erteilt hat,
- j. Abreden getroffen hat, die den wirksamen Wettbewerb beseitigen oder erheblich beeinträchtigen,
- k. im Zusammenhang mit der Vergabe oder bei der Erfüllung öffentlicher Aufträge eine Straftat zum Nachteil der Auftraggeberin oder des Auftraggebers begangen oder gegen die anerkannten Berufsregeln verstossen hat,
- l. von der Vergabestelle angeordnete Kontrollen nicht zulässt.

<sup>2</sup> Die Vergabestelle kann den Zuschlag gegenüber der Anbieterin oder dem Anbieter unter den Voraussetzungen von Abs. 1 widerrufen.

***Minderheitsantrag von Urs Hans, Renate Büchi-Wild, Max Homberger, Priska Seiler Graf und Jorge Serra:***

§ 4 a. Abs. 1 unverändert.

<sup>2</sup> Unter den Voraussetzungen von Abs. 1 kann die Vergabestelle den Zuschlag gegenüber der Anbieterin oder dem Anbieter widerrufen oder die Anbieterin oder den Anbieter aus einer ständigen Liste nach Art. 13 lit. e der Interkantonalen Vereinbarung ausschliessen. Der Rechtsschutz richtet sich nach den Bestimmungen des 5. Abschnitts der Interkantonalen Vereinbarung.

§ 4 b. <sup>1</sup> Unter den Voraussetzungen von § 4 a Abs. 1 lit. f, g, h, i, j, k oder l kann die Auftraggeberin oder der Auftraggeber eine Anbieterin oder einen Anbieter verwarnen oder in schweren Fällen für bis zu fünf Jahren von künftigen Vergaben der betreffenden Körperschaft ausschliessen.

<sup>2</sup> Über Beschwerden gegen Verfügungen nach Abs. 1 entscheidet das Verwaltungsgericht. Mit der Beschwerde können neben Rechtsverletzungen, einschliesslich Überschreitung oder Missbrauch des Ermessens, die unrichtige oder unvollständige Feststellung des rechtserheblichen Sachverhalts sowie die Unangemessenheit geltend gemacht werden. Im Übrigen richtet sich der Rechtsschutz nach den Bestimmungen des 5. Abschnitts der Interkantonalen Vereinbarung. Die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes über die Beschwerde vor Verwaltungsgericht finden ergänzend Anwendung.

<sup>3</sup> Bei Ausschlüssen nach Abs. 1 auf Grundlage von § 4a lit. j und k stellt die Auftraggeberin oder der Auftraggeber dem Kanton eine Kopie des rechtskräftigen Entscheids zu. Der Regierungsrat bezeichnet die zuständige Stelle.

<sup>4</sup> Der Kanton führt eine Liste über die in Kraft stehenden Ausschlüsse. Er kann Vergabestellen nach diesem Gesetz darüber Auskunft erteilen,

- a. ob eine Anbieterin oder ein Anbieter auf der Liste verzeichnet ist,
- b. auf welcher Grundlage und für welche Dauer ein Ausschluss verfügt wurde.

***Minderheitsantrag von Martin Zuber, Martin Farner, René Isler, Katharina Kull-Benz, Ursula Moor-Schwarz und Gregor Rutz:***

§ 4b. Abs. 1 und 2 unverändert

Abs. 3 und 4 streichen.

§ 6 wird aufgehoben.

II. Diese Gesetzesänderung untersteht dem fakultativen Referendum.

---

**B. Beschluss des Kantonsrates  
über die Genehmigung der Änderung  
der Submissionsverordnung**

**(Genehmigung vom .....:)**

*Der Kantonsrat,*

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 14. März 2012 und der Kommission für Staat und Gemeinden vom 7. Dezember 2012,

*beschliesst:*

I. Die Änderung vom 14. März 2012 der Submissionsverordnung vom 23. Juli 2003 wird genehmigt.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 7. Dezember 2012

Im Namen der Kommission

Der Präsident:

Martin Farner

Die Sekretärin:

Jacqueline Wegmann